

## Wann wird es mal wieder richtig Programmarteiensommer?

Schuld daran hat eben nicht nur die SPD. Aber ihr Potential schöpft die Partei auch nicht gerade aus | Von Ursula Münch

In einem Mehrparteiensystem herrscht Platznot, vor allem in dessen Mitte.

Das war im Parteiensystem, das die alte Bundesrepublik bis Ende der 1970er-Jahre prägte, noch deutlich anders. Damals entschied die FDP als sogenannte Funktionspartei, ob die Union oder die SPD die Bundesregierung anführen durfte. Die darin zum Ausdruck kommende Wirkmacht der FDP, die weit über ihren elektoralen Rückhalt hinausging, änderte sich bekanntlich mit dem Auftreten der Grünen und vor allem mit den parteipolitischen Folgen der Deutschen Einheit.

Jahrzehnte später weist die SPD Hinweise auf die Gründungs- und Erfolgsbedingungen ihrer politischen Konkurrenten („Fleisch vom Fleische“) wohl nicht nur aus Höflichkeit gegenüber den längst etablierten Wettbewerbern zurück. Vielmehr dürfte die SPD bis heute der Umstand schmerzen, dass die beiden Hauptkonkurrenten der SPD ausgerechnet während der Amtszeit erfolgreicher sozialdemokratischer Kanzler vor allem in zuvor SPD-affinen Milieus auf Anklang stießen.

Die Grünen, die anfänglich auch im gemäßigten „bürgerlichen“ Milieu wurzelten, schlossen mit ihren radikalen ökologischen und pazifistischen Forderungen seit der Europawahl 1979 programmatische Lücken der SPD. Auch die Gründung der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) 2004/2005 und deren spätere Vereinigung mit der PDS zur Partei Die Linke 2007 stellte vor allem eine Reaktion auf die Politik der damaligen rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder und deren als einschneidend, ungerecht und „neoliberal“ wahrgenommenen „Hartz-IV“-Reformen dar.

Die Erfolge der AfD, die im Unterschied dazu vor allem auf das Konto von CDU



Sommer, Sonne und SPD-Wahlsiege (Bundesrepublikanisches Stilleben, spätes 20. Jahrhundert).

und CSU sowie deren politische Fehler und Versäumnisse gehen, stellen endgültig die Anpassungsfähigkeit des bundesdeutschen Parteiensystems unter Beweis. Seit 2013 arbeiten nicht nur der Bundestag, sondern immerhin 7 von 16 Landesparlamenten als Sechsfractionsparlamente, lediglich in 3 deutschen Landtagen organisieren sich die Abgeordneten in bloß vier Fraktionen. Die Zerrissenheit und geringe Professionalität der AfD haben außerdem zur Folge, dass im Bundestag sowie in 12 Landtagen meist mehrere fraktionslose Abgeordnete sitzen.

Diese Veränderungen im Wahlverhalten und die neuen parlamentarischen Verhältnisse beeinflussen die Wettbewerbsbedingungen aller relevanten deutschen Parteien. Die SPD trifft die wachsende Konkurrenz und die damit verbundene Fragmentierung des Parteiensystems aus den genannten Gründen aber besonders hart. Ihr dürfte die Prognose der Wahlforschung, statt zweier großer Volksparteien werde es in Zukunft neben einigen kleinen Parteien mehrere fast gleichstarke Parteien geben, die

engere Milieus ansprechen, seit geraumer Zeit als geradezu optimistisches Szenario erscheinen. Schließlich könnte dies doch immerhin bedeuten, dass sich die Partei im Bund stimmen- und mandatsmäßig auf „Augenhöhe“ mit der Union und den Grünen wägen darf.

An Analysen über die Ursachen für den Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie fehlt es schon seit Jahren ebenso wenig wie an Aufbruchsappellen der jeweiligen Bundes- und Landesvorsitzenden, mit welchen Maßnahmen und vor allem Schlagwörtern das strukturelle Dauertief überwunden werden könnte. Fest steht, dass sich das Erscheinungsbild der westlichen Gesellschaften in Folge von Globalisierung, Bildungsexpansion, technologischem und kulturellem Wandel massiv verändert hat. Spätestens mit der Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 trat zur tradierten sozioökonomischen Konfliktlinie dann eine weitere hinzu, die kulturell-identitätspolitisch bestimmt ist. Sie verläuft unabhängig von der ersten und sogar mitten durch die beiden Volkspar-

teien und macht es den meisten Wählern unmöglich, die widersprüchlichen eigenen Präferenzen – etwa den Wunsch nach einem intervenierenden Sozialstaat einerseits und begrenzender Zuwanderungspolitik andererseits – in klare und dauerhafte Parteiloyalität münden zu lassen.

Das Dilemma von Volksparteien in Regierungsverantwortung besteht darin, dass ihre auf Dogmenverzicht beruhende Fähigkeit zur Kompromissfindung die Bildung von Koalitionen einerseits überhaupt erst ermöglicht und so auch das Geschäft des Regierens erleichtert. Andererseits führen die Auflösung der traditionellen sozialen Milieus und die demografische Entwicklung dazu, dass ihre jeweiligen Stammwählerschaften immer stärker schrumpfen. Das bewährte Erfolgsmodell der Volksparteien, ihre Mobilisierungskraft bei der Wählerschaft mit programmatischer Anschlussfähigkeit auf parlamentarischer Ebene zu kombinieren, funktioniert also eher schlecht als recht. Stattdessen wird die auf programmatischer Mäßigung beruhende Integrationsfähigkeit der Volksparteien von dem Teil der Wählerschaft immer weniger nachgefragt, der – bestärkt durch die Gesetzmäßigkeiten der digitalen Netzwerke – nach dem Besonderen und Nicht-Austauschbaren strebt.

Die Auswirkungen dieser Phänomene auf den Ausgang von Wahlen treffen die



ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

SPD noch stärker als die Union. Die sozialdemokratische Selbstverpflichtung auf das Gemeinwohl und die damit verbundene Anpassungs- und Leidensbereitschaft ändern nämlich nichts daran, dass die Programmatik für das Selbstverständnis und den inneren Zusammenhalt der Partei und die Durchsetzungsfähigkeit ihres Führungspersonals zentral ist.

Ob es der SPD vor diesem Hintergrund gelingen kann, angesichts einer medial geschürten grünen Aufbruchsstimmung in einem scheinbar amtsbonusbefreiten Wahlkampf wie erhofft mit dem Pfund der Regierungs- und Krisenerfahrung zu punkten, ist noch offen. Für eine Partei, die auch unter besseren Bedingungen zu zerstörerischen Selbstzweifeln neigt, ist das eine besorgniserregende Ausgangsbasis. Aufmuntern könnte die Diagnose, dass die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen den Daseinszweck einer sozialdemokratischen Volkspartei – eigentlich – offenkundig machen.

Im Zuge der Pandemiefolgenbewältigung wird sich die Frage nach einer „Renaissance des Allgemeinen“ (Andreas Reckwitz) intensiver denn je stellen. Eine die unterschiedlichen Singularitäten „ausgleichende“ Politik, die soziale und kulturelle Teilhabe mit der steigenden Nachfrage nach der Absicherung von Lebensrisiken ohne Ausgrenzung von Personengruppen oder Diskriminierung künftiger Generationen verbindet, ist kein Auslaufmodell. Die Nachfrage nach einer inhaltsstarken neuen Ausprägung von „Funktionspartei“ ist also vorhanden. Ob sie durch eine zur Nabelschau und Schubladendenken neigenden Konzentration auf die Befindlichkeiten meinungs- und durchsetzungsstarker Grüppchen befriedigt werden kann, ist eine andere Frage.

### AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

### Branding

Wollen die Werbetreibenden ihrer Zeit voraus sein oder nur im Trend liegen? „Es ist nicht einfach, grün zu sein, aber das sind große Dinge nie.“ Was sich als Zwillings des Mottos der fraglichen Partei liest, ist ein Slogan, mit dem ein Tennisschuh beworben wird, der zudem „jetzt noch nachhaltiger“ sei – vom Hersteller adidas, der immer auf Seiten der Gewinner war: Bayern München, deutsche Weltmeister (1954!), Olympia-Sieger. Ob sich darob das schwarze Umfeld des Konzerns – immerhin ist die CSU mit dem Münchner Verein fest verbündelt – schwarzärzert?

Den Grünen wird's egal sein. „Jede Zeit hat ihre Farbe“ lautete im Herbst die Parole ihres Parteitag. Eine so sympathische Konnotation hatte Grün früher nicht. Niemand wollte sich anhören, noch „grün“ hinter den Ohren zu sein. Die Grünen schon gar nicht.

Michel Pastoureau, ein französischer Wissenschaftler, hat die Symbolik von Farben erforscht – im Wandel der Zeiten. Vom 11. Jahrhundert an habe der Aufstieg der Farbe Blau begonnen: Marien- und Königsmäntel, die Farbe der Seeleute bis hin zu den Vereinten Nationen („Blauhelme“) und der Europäischen Union. In Zeiten der Reformation galten Rot, Gelb, Grün als verderbt, hingegen Schwarz, Weiß und Blau als züchtig. Nun denn.

Farben wird eine Bedeutung zugeschrieben, die über Kolorierung hinaus in den Bereich des Politischen hineinragt. Rot – Farbe für Liebe und Fortschritt. Doch auch für Stopp, Verbot und Gefahr. In Corona-Zeiten schränkt die „rote Ampel“ das Leben mehr ein als bloß den Straßenverkehr. Ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil für die SPD, nur vermeintlich gänzlich unpolitisch?

Ist nun auch Schwarz auf dem Weg ins Abseits? Die Farbe von Trauer, des Betrugs (Schwarzgeld, Schwarzfahren), der Niedergeschlagenheit (Schwarzsehen). Auf der Sonnenseite: Die Grünen. „Sofort auf Grün“ wirbt E.ON. „Was ist groß, grün und nimmt immer mehr Raum ein“, fragt empathisch die Deutschen Bahn. Grünen Stahl gibt es auch. Sogar auf Aldi Süd ist Verlass. Zu lesen an Griffen von Einkaufswagen: „Fleischlos? – Glück!“

Die Schwarzen haben eingesehen: Häme über den Veggieday ist aus der Mode. Eigentlich sind sie ja Erfinder der Grünen von heute. Die Boxhandschuhe einer blonden Schönheit (Slogan: „Komm aus Deiner linken Ecke“), mit der die CDU in den 1970er-Jahren die Roten attackierte, waren – grün. Annalena Baerbock beherzigt das dermaßen, dass es CDU und SPD ganz schwindelig wird.

## War denn alles umsonst?

20 Jahre Afghanistan Einsatz: Nicht einfach abhaken, sondern Lehren für die Zukunft ziehen | Von Agnieszka Brugger, MdB

Nach zwanzig Jahren endet der Militäreinsatz in Afghanistan abrupt und leider nicht als Erfolg. Die Hoffnung auf eine sichere, bessere Zukunft für die Menschen vor Ort hat sich an vielen Stellen nicht erfüllt. Die Sicherheitslage bleibt extrem schlecht und das Gewaltniveau hoch. Bei den Menschen ist die Enttäuschung über die eigenen politischen Eliten immens und die Sorge vor einem noch stärkeren Einfluss der Taliban groß. Die Absage der Istanbul-Konferenz durch die Taliban ist ein herber Rückschlag für die Chance auf echte politische Verhandlungen mit der afghanischen Regierung. Die internationale Gemeinschaft muss diese Gespräche trotzdem mit Nachdruck weiter einfordern und unterstützen. Es sind gerade unsere Partner aus der erstarkten Zivilgesellschaft und unter ihnen besonders die mutigen Frauen, die fürchten, dass ihre Rechte und auch die positiven Errungenschaften als Erstes unter die Räder kommen.

Es endet ein Einsatz, der die Bundeswehr und auch die deutsche Sicherheitspolitik heftig verändert hat. Es war der gefährlichste Einsatz für die Soldatinnen und Soldaten, es war ein Krieg. Soldaten sind gefallen und an Seele und Leib ver-

wundet zurückgekehrt. Ein deutscher Oberst befahl die Bombardierung eines Tanklagers, unter den Opfern zahlreiche Unschuldige. Viele Polizistinnen und Polizisten, zivile Expertinnen und Experten haben sich unter großer persönlicher Gefahr für die Zukunftsperspektiven der Menschen und den Wiederaufbau in Afghanistan eingesetzt.

War das alles umsonst? Was bleibt und was folgt? Es sind Fragen, die sich Regierung und Parlament unabhängig vom Abstimmungsverhalten der Vergangenheit dringend stellen sollten. Der Abzug markiert das Ende dieses schwierigen Einsatzes. Nicht aber das Ende der Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan und auch all denjenigen gegenüber, die sich für eine bessere Zukunft in Afghanistan eingesetzt haben.

Das deutsche Engagement in Afghanistan muss weitergehen, auch wenn es sich sicher sehr verändern wird. Wer nicht möchte, dass die Verbesserungen der vergangenen Jahre für die Zivilgesellschaft oder auch im Bildungsbereich bald wieder der Vergangenheit angehören, muss sich im Rahmen der Möglichkeiten auch weiter verlässlich politisch und finanziell engagieren. Viele Ortskräfte, die mit uns zusammengearbeitet haben, fürchten um

ihr Leben und das ihrer Familien. Dort braucht es schnelle Hilfe und vereinfachte Aufnahmeprogramme, dafür haben wir uns auch erneut über Fraktionsgrenzen hinweg im Bundestag eingesetzt.

Die Geschichte des militärischen Engagements in Afghanistan offenbart viele verpasste Chancen. In den ersten friedlicheren Jahren hätte deutlich mehr für den zivilen Wiederaufbau getan werden müssen. Gerade auch die vielen kritischen Fragen der Soldatinnen und Soldaten werde ich nie vergessen, warum zivil und politisch nicht genug passiert, während sie ihr Leben riskieren, um einen sicheren Rahmen für zivile und politische Lösungen zu schaffen.

Viel zu selten wurden Momente des Aufbruchs und der Hoffnung genutzt. Sei es nach den Präsidentschaftswahlen 2014, wo auf den Mut und die Aufbruchsstim-



AGNIESZKA BRUGGER ist Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Bündnis90/Die Grünen.

mung einmal mehr Korruption und Klientelwirtschaft folgten, oder auch nach den jüngsten Präsidentschaftswahlen, die von Betrugsvorwürfen überschattet wieder in einem politischen Patt endeten. Immer mehr Militär und ein immer offensiveres Vorgehen haben nicht zu mehr Sicherheit geführt, teilweise sogar zu mehr Gewalt und Radikalisierung beigetragen. Am Ende kann man echten Frieden nicht militärisch erreichen und Terrorismus nicht militärisch besiegen.

Allerdings bleibt auch die Erkenntnis, dass ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, einem guten Staat, verlässlichen Sicherheitskräften und ohne echte Lebensperspektiven immer mehr Nährboden für Konflikte entsteht und auch gut gemeinte Ansätze in ihrer Wirkung begrenzt bleiben.

Es stellen sich aber auch weitere, schwierige Fragen: Wie kann es gelingen, Frieden und Stabilität zu fördern, wenn eine Regierung an Korruption und Missmanagement festhält und echten politischen Reformwillen vermissen lässt? Warum hat die Ausbildung der Sicherheitskräfte nicht besser funktioniert? War es nicht ein großer Fehler, mit den brutalen Warlords zusammenzuarbeiten, und was wären die Alternativen gewesen?